

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 139. Ratssitzung vom 19. September 2012

3097. 2012/172

Weisung vom 18.04.2012:

Geschäftsbericht des Stadtrats 2011

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 18.04.2012
- Geschäftsbericht 2011
- Bericht und Antrag der GPK vom 12.09.2012

Statistik betreffend Abschreibungsanträge	
Abschreibungsanträge GPK	88
Nichtabschreibungsanträge GPK	76
Abschreibungsanträge Mehrheit GPK	13
Nichtabschreibungsanträge Mehrheit GPK	1
= Total Abschreibungsanträge Stadtrat*	187

* einschliesslich der vom Rat im Jahr 2012 bereits abgeschriebenen Geschäfte GR Nrn. 1988/24, 2005/449, 2007/137, 2007/279, 2007/564, 2008/277, 2009/155, 2010/35, 2010/36.

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionmehrheit:

Matthias Probst (Grüne): *Da wir weit mehr prüfen als den Geschäftsbericht des Stadtrats, nimmt die GPK die Gelegenheit auch wahr, um über unsere Tätigkeit in der GPK zu berichten. Es gab letztes Jahr eine ganze Reihe kleinerer Abklärungen, so beispielsweise die Regelung des Stadtrats bei der Auswahl von Experten für Gutachten, die Rolle des Stadtrats bei überkommunalen Abstimmungen sowie die neugeschaffene Stabstelle der Stadtpräsidentin. Es wurden ferner verschiedene Themen der IMMO behandelt sowie die Ausgliederung und der Verkauf der Stadtküche Menu and More. Ausserdem wurden verschiedene Themen in Bezug auf die Finanzkontrolle sowie Personalaustritte und Neubesetzungen in Kaderstellungen diskutiert. Dies alles sind kleine Themen, die auf unterschiedlichen Wegen in die GPK gelangten, sei es auf Antrag des Parlaments, auf Anregung einzelner Referenten in der GPK oder aufgrund von Informationen aus der Bevölkerung, die direkt in die GPK gelangten. Im letzten Jahr konnten auch zwei grössere Geschäfte abgeschlossen werden: einerseits das Gutachten der GPK im Parkplatzkompromiss, der am 30. Mai 2011 verabschiedet wurde. Im Anschluss daran wurde von der IG Pelikan ebenfalls ein Kurzgutachten in Auftrag gegeben, woraufhin der Stadtrat ebenfalls ein erneutes Kurzgutachten in Auftrag gab. Beides brachte für die GPK keinerlei neue Erkenntnisse. Andererseits wurde im letzten Geschäftsjahr eine umfangreiche Abklärung bezüglich Submissionen durchgeführt. Der Bericht dazu liegt*

bereits dem Parlament vor und wird im nächsten Traktandum behandelt. Ferner hat die GPK den Auftrag in zwei ständigen Subkommissionen Funktionen wahrzunehmen. Eine davon ist die Subkommission Einbürgerung, die letztes Jahr drei Mal tagte und sich die Dossiers anschaute. Es kam zu Diskussionen über den Ermessensspielraum des Stadtrats. Daraufhin führte die Subkommission auch keine Abstimmung über die Ordnungsmässigkeit der Einbürgerung durch, sondern verfasste einen Bericht zu Händen der GPK, der als Basis für zwei stattgefundene Gespräche mit der Stadtpräsidentin und der Stadtschreiberin diente. Das Verfahren wurde daraufhin ein wenig angepasst, die Subkommission schaut sich seither nicht nur die Dossiers von Personen an, die in das Bürgerrecht aufgenommen wurden, sondern auch Dossiers von Personen, denen das Bürgerrecht verwehrt wurde. Die Subkommission Polizeidaten hat sich letztes Jahr aus terminlichen Gründen nicht getroffen. Die GPK hatte letztes Jahr fünf Jahresthemen. Ein grosses Thema waren CHARM und IKS. Die GPK machte ausführliche Abklärungen innerhalb aller Departemente zum Thema Zertifizierungen in der Stadtverwaltung. Ein weiteres Schwerpunktthema war die Arbeitssituation vor allem in Bezug auf Überzeiten innerhalb der Verwaltung. Auch da hatte die GPK bereits letztes Jahr Abklärungen dazu gemacht, wie viele Überstunden in allen Departementen vorhanden sind und hat auch dieses Jahr diese Kennzahlen im Rahmen der Behandlung des Geschäftsberichts bestellt. Künftig werden diese Kennzahlen hoffentlich standardmässig im Geschäftsbericht vorhanden sein. Eine entsprechende Anweisung der GPK an den Stadtrat wird noch erfolgen. Erfreut haben wir in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen, dass die massiven Überstunden im Polizeidepartement langsam rückläufig sind. Ein grosser Schwerpunkt der GPK war letztes Jahr der eigene Auftrag der GPK. Wir haben dazu auch Fachleute aus Praxis und Wissenschaft befragt und nach diesen Erklärungen auch einige Aspekte angepasst. Dies betrifft vor allem die internen Abläufe der GPK, die zum Teil auch umstrukturiert wurden. Beispielsweise hat die GPK neu einen Jahreskalender mit wiederkehrenden Themen, in dem bereits im Voraus geplant wird, was auf welchen Zeitpunkt traktandiert wird. Neu hat die GPK auch die sogenannten Schwerpunktthemen eingeführt; dies sind Themen, die ausserhalb des Geschäftsberichts des Gemeinde- und Stadtrats und ausserhalb des Quartalsberichts liegen. Diese Themen sucht sich die GPK selber und vertieft sie. In diesem Zusammenhang versucht die GPK stärker ihre Funktion als Vollzugsorgan des Stadtrats auszuführen. Ebenfalls hat sich die GPK in diesem Zusammenhang mit der Verbreitung der eigenen Protokolle befasst und die Verteiler gekürzt. Der Grund dafür ist, dass die GPK auch mit sensiblen Informationen zu tun hat und diese besser schützen will. Dadurch kann die GPK auch besser funktionieren, da wir so besser an Informationen gelangen. Es ist noch immer eine Arbeitsgruppe Geschäftsprüfung der GPK in Betrieb, die weiterhin verschiedene Aspekte prüft und bald zu einem Abschluss kommen wird. Ein neuer Punkt, den die GPK letztes Jahr im Zusammenhang mit Rechtsfragen als Schlussfolgerung aus dem Urteil Wyler/Zopfi entdeckt hatte, ist eine vertiefte Abklärung im Zusammenhang mit der Verletzung des Amtsgeheimnisses. Die GPK kam zum Schluss, dass städtische Angestellte, jederzeit und ohne Verletzung des Amtsgeheimnisses an die GPK oder RPK herantreten können. Selbst wenn der Tatbestand gemäss Art. 320 StGB erfüllt ist, gilt der Rechtfertigungsgrund immer noch als gegeben. Der Stadtrat wurde darüber informiert und nahm es zur Kenntnis, respektive widersprach bis heute nicht. Ich komme nun zum eigentlichen Geschäftsbericht des Stadtrats. Der Geschäftsbericht bietet einen sehr guten Überblick

über die Verwaltungstätigkeit im Jahr 2011. Der Geschäftsbericht des Stadtrats ist sowohl an den Gemeinderat, als auch an die Öffentlichkeit gerichtet. Es liegt deshalb in der Natur der Sache, dass die Stadt dazu tendiert, sich eher positiv darzustellen und kaum kritische Internas anzudeuten. Die GPK hat deshalb das Verfahren und die Behandlung des Geschäftsberichts auch ein bisschen gestrafft und andere Schwerpunkte gelegt. So wird in Zukunft – wie es auch schon dieses Jahr erstmals der Fall war – vor der Behandlung des Geschäftsberichts in der GPK ein Treffen der jeweiligen Referenten der GPK mit dem Stadtrat stattfinden, in dem Fragen geklärt, auf Aspekte hingewiesen und weitere Internas diskutiert werden können. Ferner hat die GPK erstmals dieses Jahr in einer Halbtagesitzung mit Schwerpunkt auf den Dienstabteilungen über den gesamten Geschäftsbericht beraten. Dadurch gingen die schriftlichen Rückfragen massiv zurück. In einem zweiten Schritt wurden die übriggebliebenen Fragen schriftlich gestellt und daraufhin in einem zweiten Gespräch mit dem Stadtrat nochmals besprochen. Die Antwortkultur des Stadtrats ist insgesamt sehr lobenswert. Wir bekamen meist innerhalb der zeitlichen Fristen schnelle und gute Antworten. Allerdings fielen die Antworten teilweise etwas dürrig aus, waren aber insgesamt brauchbar. Nur einmal musste die GPK den Stadtrat mahnen, da eine Antwort komplett verwehrt wurde. Begründung war, das sei nicht Bestandteil des Geschäftsberichts. Die GPK will natürlich jederzeit über alles Bescheid wissen. Wir haben auch volle Akteneinsicht gegenüber dem Stadtrat. Dies wird in Zukunft bestimmt auch nicht mehr passieren. Zu reden gegeben haben dieses Jahr vor allem die Abschreibungsbeiträge und Anträge zu den Postulaten. Die GPK hat entgegen der bisherigen Praxis nicht automatisch die Anträge der jeweiligen Postulanten übernommen, sondern so, wie die GPK dies von Amtes wegen muss, die Anträge des Stadtrates geprüft und selber Anträge gestellt. Die GPK ist das Aufsichtsgremium des Stadtrats und hat in dieser Funktion die Aufgabe, die Postulate, die der Gemeinderat als Gesamtbehörde überwiesen hat, auch weiterzubegleiten und zu schauen, wie sie der Stadtrat behandelt. Selbstverständlich haben die jeweiligen Stellungnahmen der Postulantinnen und Postulanten, sofern sie inhaltlich gehaltvoll waren, eine entsprechende Würdigung innerhalb der GPK gefunden. In aller Regel wurde darauf eingegangen. Es gibt jetzt im Unterschied zu früher am Ende dieses Berichts der GPK einige einzelne Mehr- und Minderheitsanträge, die am Ende dieser Debatte behandelt werden.

Roger Bartholdi (SVP) begründet den Ablehnungsantrag der SVP.

Roger Bartholdi (SVP): *Der Geschäftsbericht ist ein relativ umfangreiches Dokument und seit Jahren stellen wir fest, dass sehr wenige kritische Voten darin enthalten sind. In der GPK bekommen wir immer Antworten auf unsere Anfragen und stellen doch relativ Vieles fest, das ein wenig anders aussieht, als im Bericht dargestellt. All diese negativen Aspekte, die durch uns ans Licht kommen, werden im Geschäftsbericht vermisst. Es gibt etliche Vorstösse aller Fraktionen, an denen man sieht, dass im Jahr 2011 einiges nicht so gut lief. Wenn im Geschäftsbericht des Stadtrats nach Konflikten oder weniger positiven Aspekten gesucht wird, findet man eigentlich so gut wie nichts. Ich muss sagen, es gibt Ausnahmen: dazu muss ich das Sozialdepartement loben, das relativ ausführlich auch über etwas geschrieben hat, das nicht so gut gelaufen ist in diesem Departement. In den anderen Departementen und Dienstabteilungen wird nur auf das Positive hingewiesen. Schaut man sich die Zahlen an, stimmt manchmal auch nicht alles, allerdings*

hat es in diesem Bereich weniger Fehler als auch schon. Dennoch gibt es auch in diesem Bereich deutliches Verbesserungspotential. Schon das alleine ist Grund genug für uns als Minderheit der GPK, den Antrag des Stadtrates abzulehnen. Viel wichtiger für uns ist jedoch die Zukunft, in der hoffentlich die Departementsvorsteher ihren Departementen und Dienstabteilungen den Auftrag geben, genau das zu berichten, was wirklich Sache ist. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass der Bericht gut wirken soll, da er auch an die Öffentlichkeit geht. Man kann es auch wohlwollend formulieren, das Kritische soll aber dennoch nicht entfernt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Bruno Sidler (SVP): *Warum gibt es jetzt plötzlich Unzufriedenheit und sogar eine Rückweisung des Geschäftsberichts? Der Geschäftsbericht muss zwei Zwecke erfüllen und dafür ist er nicht besonders gut geeignet. Erstens dient der Geschäftsbericht der PR und der Darstellung der Verwaltung in der Öffentlichkeit. Andererseits ist derselbe Geschäftsbericht die Grundlage der Geschäftsprüfungsarbeit der GPK. Der erste Zweck ist bestens erfüllt. Der Geschäftsbericht ist ein reiner Schönwetterbericht. Jährlich wird alles, was gut läuft, im Geschäftsbericht dargestellt. Die weniger positiven Aspekte sind daraus nicht ersichtlich. Deshalb ist der Geschäftsbericht in seiner Funktion als Arbeitsgrundlage der GPK nicht sehr aussagekräftig. Man muss gut zwischen den Zeilen lesen oder ein besonderes Gefühl dafür haben, wenn man problematische Bereiche erkennen will. Seit Jahren weisen wir von Seiten der GPK auf diesen Mangel hin und geben dem Stadtrat Rückmeldung – leider ohne Erfolg. Vor einigen Jahren hat eine Arbeitsgruppe, bestehend aus RPK und GPK das Konzept des aktuellen Geschäftsberichts erarbeitet. Auch da haben wir bereits den Aspekt der gehaltvolleren Berichterstattung versucht einzubringen. Jetzt kann man eigentlich nur noch sagen, dass das äussere Erscheinungsbild absolut in Ordnung, der Inhalt jedoch nicht in sämtlichen Aspekten befriedigend ist. Ich hoffe sehr, dass die GPK das Gespräch über diesen Punkt weiterhin führen wird und beim Stadtrat vorstellig wird, so dass wir versuchen können, eine bessere Arbeitsgrundlage für unsere künftige Prüfungsarbeit zu bekommen.*

Mauro Tuena (SVP): *Ich stelle fest, dass ausser der SVP offenbar alle anderen GPK-Mitglieder mit dem Bericht des Stadtrats zufrieden sind. Wie bereits meine beiden Vorredner gesagt haben, handelt es sich um einen Schönwetterbericht. Die Mängel innerhalb des Stadtrates kommen schon beim Vorwort deutlich zum Vorschein. Da schreibt der Stadtrat beispielsweise, dass das Jahr 2011 schwierig angefangen habe mit einer Budgetrückweisung, die der Stadtrat folgendermassen begründet: „Beide Aufgaben hat die Stadtverwaltung mit grosser Umsicht bewältigt.“ Heute wissen wir alle, dass die Umsicht nicht so gross gewesen ist, sondern dass der Stadtrat, um diese bürgerlichen Sparvariante vorzuführen, dort gespart hat, wo es den Leuten weh tut und nicht dort, wo man problemlos hätte sparen können. Wie man da in einem Geschäftsbericht von grosser Umsicht reden kann, ist mir zum jetzigen Zeitpunkt schleierhaft. Wenn man das Traktandum 2, die Legislatorschwerpunkte 2010 bis 2014 anschaut, dann lese ich im Bericht kein Wort von den grossen Problemen, die wir bei uns in der Stadt haben: Wirtschaft, Finanzkrise, Wohnungsnot und die Zuwanderung, die vielen Mitmenschen auf dem Herzen liegt und nicht unproblematisch ist. Stattdessen liest man als erstes Kapitel:*

„Kultur- und Kreativstadt Zürich“. Es geht in diesem Stil weiter, offenbar sind dies die grossen Probleme, die die Stadt Zürich hat. Ich möchte die Stadtverwaltung und den Stadtrat bitten, künftig auch auf die unangenehmeren Punkte einzugehen und nicht die Kultur als erste Priorität zu erwähnen.

Michael Schmid (FDP): *Kommen wir zum Vorwurf des Schönwetterberichts. Natürlich wurden die problematischen Aspekte weniger prominent abgehandelt als die gelungenen Dinge. Aber da muss man sich in der Welt auch ein wenig umsehen und mit anderen Städten in Europa und der restlichen Welt vergleichen. In einem solchen internationalen Vergleich stehen wir sowohl gemäss der Statistiken sowie auch gemäss unseres subjektiven Empfindens in allen vorstellbaren Indikatoren sehr gut da. Eine Geschäftsberichtsdebatte soll dazu da sein, auch auf die weniger positiven Aspekte hinzuweisen und ich stelle fest, dass dies bislang noch nicht sehr substanziiert erfolgt ist. Ich möchte dies am Aspekt der Selbstreflexion und dem Umgang mit Kritik im Stadtrat darlegen. Zunächst zur Selbstreflexion: Sie können im Geschäftsbericht auf Seite 41 nachlesen, dass das Stadtarchiv und die Statistik wieder getrennt und zu zwei separaten Dienstabteilungen wurden. Begründet wird dies damit, dass das Stadtarchiv wieder eine eigene Dienstabteilung sein soll, da dies in der Ausübung seiner Querschnittsfunktion von grossem Nutzen sei. Wenn Sie den Geschäftsbericht vom Jahr 2004 konsultieren, stellen Sie fest, dass Querschnittsfunktionen und Synergien genau die Argumente waren, die zu einer Zusammenlegung führten. Wenn für zwei entgegengesetzte Entwicklungen genau dieselbe Begründung ohne jegliche kritische Einordnung genannt wird, sehen wir einen gewissen Handlungsbedarf in Bezug auf die Selbstreflexion. Ein Paradebeispiel für mangelnde Kritikfähigkeit hat das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement sowie der Stadtrat im Zusammenhang mit der Untersuchung der GPK zum Parkplatzkompromiss geliefert. Im Geschäftsbericht wird festgehalten, die Vorwürfe seien falsch gewesen, man hätte aber nichtsdestotrotz sehr viel Arbeit damit gehabt. Da wird natürlich ausgeblendet, dass die GPK im Bericht vom 9. Mai 2011 das Thema schon umfassend aufgearbeitet hat und der Bericht auch zur Kenntnis genommen wurde. Statt aber als Antwort auf ein Kurzgutachten einfach auf den Bericht der GPK zu verweisen, wurde ein aufwändiges Gegengutachten in Auftrag gegeben, das gegenüber dem GPK-Bericht keinerlei neue Erkenntnisse brachte. Anstatt sich der kritischen Einschätzung der GPK zu stellen, wurden lediglich finanzielle und personelle Ressourcen verbraucht.*

Peter Küng (SP): *Ich hoffe, dass dies der Anfang eines fruchtbaren Lernprozesses ist. Meine Feststellung allerdings ist, dass die Aussage von Bruno Sidler (SVP) natürlich auch richtig ist, nämlich dass der Geschäftsbericht mehrere Funktionen hat und auch eine Werbung des Stadtrates darstellt und es schwierig ist, dies als Arbeitsinstrument zu sehen. Der Geschäftsbericht ist aber auch nicht das einzige Instrument, mit dem wir mit dem Stadtrat zusammenarbeiten können. Wenn wir nicht mit dem Stadtrat einverstanden sind, können wir Fragen stellen. Diese Fragen werden schnell und in den allermeisten Fällen sehr sachlich und ausführlich beantwortet. Die Stadträtinnen und Stadträte sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen häufig bei uns vorbei und bringen fundierte Voten vor. Dies gehört auch dazu. Es ist nicht ausreichend zu sagen, dass der Geschäftsbericht nichts wert sei. Man muss auch sagen, dass es Kommunikation seitens des Stadtrates gibt, die anders ist. Wir stehen hinter dem Geschäftsbericht.*

Roger Liebi (SVP): Ein Geschäftsbericht ist normalerweise etwas, in dem sich der CEO äussert und darin Stellung nimmt zur Situation des Unternehmens oder in diesem Fall der Stadt Zürich. Im Vorwort des Berichts legt Frau Stadtpräsidentin Mauch sehr viel Gewicht auf die Kreativstadt Zürich. Ich habe mich ein bisschen umgeschaut, um zu sehen, welche anderen Städte sich ebenfalls Kreativstadt nennen. Da sind beispielsweise Berlin, Offenbach, Hamburg, Düsseldorf und Lissabon zu nennen: alles Städte mit grossen finanziellen Problemen. Wenn Sie versuchen, die Stadt Zürich vom Finanzplatz in einen Kreativplatz zu führen, dann wissen wir gleichzeitig auch, in welche Richtung Sie die Stadt führen: nämlich ebenfalls in die Richtung der Städte mit sehr ungesunden Finanzen. Mich interessiert, warum sich nicht der Finanzvorstand der Stadt Zürich äusserte, sondern die Stadtpräsidentin. Dieser Geschäftsbericht wäre eine Möglichkeit gewesen, um auf die Herausforderungen, die auf uns zukommen, aufmerksam zu machen: zum Beispiel in Bezug auf die Banken, wie beispielsweise die sich verschlechternde Arbeitsplatzsituation bei den Banken sowie in Bezug auf den Sozialstaat, der im Geschäftsbericht verkündet wird. Ebenfalls mit keinem Wort werden die Schwierigkeiten im Asylwesen und die Zuwanderung erwähnt. Deshalb glaube ich, dass es sehr viel gibt, aufgrund dessen man den Geschäftsbericht ablehnen könnte.

Dr. Martin Mächler (EVP): Zu dieser Schelte des Stadtrats, die vor allem von der SVP losgetreten wurde, möchte ich noch eine Bemerkung machen: das Buch, das uns vorliegt, heisst Geschäftsbericht und es liegt in der Natur der Sache, dass die Selbstdarstellung in Geschäftsberichten immer sehr positiv ist. Vielleicht müssten wir als Gemeinderat einen Rechenschaftsbericht verlangen und dadurch vielleicht fordern, dass auch die negativen Aspekte genannt werden. Der Hauptgrund meines Votums ist die GPK. Zu Beginn wurde das veränderte Vorgehen der GPK vorgestellt. Marcel Probst stellte dieses neue Vorgehen als positiv dar. Ich würde es als Vertreter einer Partei, die nicht in der GPK vertreten ist, etwas anders betrachten. Wenn die Postulanten, die sich mit dem Thema am besten auskennen, einen gut begründeten Punkt haben, weshalb der Geschäftsbericht noch nicht abgeschrieben werden soll, übergeht die GPK diese Minderheitenmeinung. Diese Praxisänderung halten wir für antidemokratisch, insbesondere ist es gegen den Schutz kleiner Parteien und Minderheiten, die in der GPK überstimmt werden können. Aus diesem Grund werden wir heute immer mit der SVP stimmen, weil die SVP in diesem Fall immer die Minderheit darstellt.

Severin Pflüger (FDP): Ich bin etwas von der SVP enttäuscht. Von einer Oppositionspartei erwarte ich, dass sie so lange sucht, bis sie den Skandal in einem Geschäftsbericht gefunden hat. Dies ist die Aufgabe der Oppositionspartei. Die SVP sagt, der Geschäftsbericht sei schlecht, weil der Stadtrat seinem Erfolg etwas mehr Gewicht beimisst als dem Misserfolg. Es ist nicht aber nicht die Aufgabe einer Oppositionspartei herauszufinden, dass der Stadtrat mehr Gewicht auf den Erfolg legt. Ist es ein Skandal, dass der Stadtrat versucht, die Stadt Zürich als Kreativstadt zu platzieren? Wenn minutiös aufgezählt wird, welche Kreativstädte keine so gut geführte Kasse haben, wie die Stadt Zürich, sehe ich den Vorwurf an den Stadtrat nicht. Die wirklichen Missstände wurden nicht von der SVP, sondern vom Vizepräsidenten der GPK erwähnt.

Katrin Wüthrich (SP): Ich habe eine Bemerkung an Herrn Mächler (EVP) zu den Abschreibungsanträgen bei den Postulaten. Zur Information: es steht in der Geschäftsordnung gemäss Art. 95 Abs. 3, dass die GPK für die Abschreibungsanträge zuständig ist. Wir sind eine Kommission, die sich an die Geschäftsordnung hält und deshalb auch so arbeitet. Wir haben die Thematik schon vor einem Jahr diskutiert. Damals wollte man die Geschäftsordnung nicht ändern, weshalb die GPK beschloss, weiterhin gemäss Geschäftsordnung zu arbeiten.

Dr. Daniel Regli (SVP): Severin Pflüger (FDP), wir haben wahrscheinlich ein anderes Verständnis. Wir müssen nicht unbedingt nur Skandale ausgraben und diese hier aufdecken. Ein Verein kann sich in einem Jahresbericht entweder gut oder weniger gut darstellen und die Mitglieder haben die Möglichkeit nachzufragen oder Kritik vorzubringen. Dies möchte ich auch tun, selbst, wenn ich keine Skandale bieten kann. Im Grossen und Ganzen ist Zürich eine wunderbare Stadt. Ich und wahrscheinlich auch die meisten anderen SVP-Mitglieder leben gerne in dieser Stadt und finden sehr viele Dinge sehr gut. Ein gesunder Organismus kann aber nichtsdestotrotz einzelne kranke Organe haben, was den gesamten Organismus in Mitleidenschaft zieht. Die 1.3 Milliarden, um die man in den nächsten Jahren das Fremdkapital erhöhen will, zeigen, dass man den Gürtel nicht enger schnallen will. Weiter zeigt es, dass man Sportcenter und Kulturbauten errichten will. Ferner explodieren die Kosten im Medizinalbereich, im Bereich der Altenpflege oder der Zusatzleistungen. Es zeigt, dass man in diesen Bereichen nicht sparen will, sondern sich mit diesen 1,3 Milliarden Fremdkapital über die Runden schleppt. Dies ist mindestens ein Aspekt, den man erwähnen und in einem Jahresbericht auch diskutieren könnte. Ein zweiter Aspekt ist, dass die Wirtschaftsförderung in dieser Stadt nur auf einer halben Seite abgehandelt wird. Ein weiterer Punkt, der auf mich einen schlechten Eindruck machte, ist die Tatsache, dass – wie auf Seite 200 nachzulesen ist – der Stadtrat mit einem Moratorium beschlossen hat, der Escher-Wyss-Platz solle leer stehen. Das wirkt in einem Geschäftsbericht etwas seltsam und bringt mich und meine Partei dazu, das abzulehnen.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Ich habe den Eindruck, die SVP-Fraktion ist hier am falschen Ort. Sie vergleichen die Stadt mit einem Verein, Roger Liebi (SVP) vergleicht sie mit einer Firma. Wir sind weder eine Firma, noch ein Verein. Wir sind die Stadt Zürich als Gemeinwesen. Wenn euch dies nicht passt, dann geht zu einer Firma, aber stellt nicht solche Vergleiche an.

Mauro Tuena (SVP): Vermutlich hat Herr Papageorgiou (SP) in einem Punkt recht: einige von uns sind hier vermutlich am falschen Platz. Ich bin mir sicher, dass mindestens zwei hier nach vorne gehören. Einen Punkt möchte ich von Severin Pflüger (FDP) aufnehmen: es ist erstaunlich, dass du den Bericht nicht kritisch anschaust, obwohl ein Partei- und Fraktionskollege von dir, Marc Bourgeois (FDP), sehr viel Freizeit aufwendet, um im Departement von Ruth Genner kritische Fragen zu stellen. Da verstehe ich nicht, wie man im Departement von Frau Genner alles in Ordnung finden kann. Eine dritte Bemerkung: wir messen uns nicht mit etwas, das noch schlechter ist. Wir messen uns mit etwas Gutem und schauen, dass wir noch besser werden. Es ist immer einfach, sich mit Städten zu messen, die wesentlich schlechter dastehen.

8 / 36

Detailanträge der GPK (Abschreibungsanträge Postulate)
vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 12.09.2012

Einstimmige Anträge Abschreibung

Der Rat stimmt den einstimmigen Abschreibungsanträgen der GPK stillschweigend zu.

Anträge Mehrheit Abschreibung

Finanzdepartement

Antrag 1:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Katrin Wüthrich (SP): Das Jahr 2004 ist vorbei, deshalb bitte ich Sie, mit der Mehrheit zu stimmen und der Abschreibung zuzustimmen.

Bruno Amacker (SVP): Ich stelle den Antrag, nicht abzuschreiben. Die Begründung liefert Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP).

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Mehrheitsbegründung war sehr minimalistisch. Man hätte immerhin sagen können, dass das Postulat aus dem Jahr 2004 stamme und dies schon lange her sei. Das stimmt, aber gebessert hat sich daran nichts. Wenn wir das jetzt abschreiben, müssen wir es wieder neu einreichen.

POS	27.11.2002	im Oberdorf Bernhard, Dr. und Garzotto Bruno
2002/002451	11.12.2002	Städtisches Personal, Stellenplafonierung für das Jahr 2004
2002/000547		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit: Katrin Wüthrich (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP)
Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Bruno Sidler (SVP)
Abwesend: Bruno Amacker (SVP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 27 Stimmen zu.

9 / 36

Polizeidepartement

Anträge 2 und 3:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Matthias Probst (Grüne): *Ich spreche gleich über die nächsten beiden Postulate. Sie handeln beide vom Hallenstadion und vom Letzigrund. In einem will der Postulant massive Bussen und im anderen Sanktionen. Beides ist bereits erfüllt, denn es gibt bereits Bussen für fehlbares Verhalten in diesen beiden Stadien. Strafrechtlich ist aber beides nicht relevant.*

Bruno Amacker (SVP): *Es ist zwar nicht eine gemeinsame Behandlung beantragt, aber ich stelle für beide Postulate den Antrag, sie nicht abzuschreiben. Die Begründung liefert Mauro Tuena (SVP).*

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): *Es ist ein Problem, das in den Stadien tagtäglich vorhanden ist. Deshalb ist es wichtig, den Druck aufrecht zu erhalten. Es handelt sich um Vorstösse, die damals die Mehrheit des Parlaments überwiesen hat und daran sieht man, dass der Druck auf den unterschiedlichen Playern, wie beispielsweise dem Schul- und Sportdepartement als Inhaberin des Stadions aufrecht erhalten werden soll. Es handelt sich um Situationen, die in dieser Form innerhalb des Stadions nicht vertretbar sind. Es handelt sich sowohl um brennende Fackeln als auch das Werfen von Gegenständen und das Herausrennen auf den Rasen.*

Antrag 2:

POS	27.05.2009	Schwyn Markus und Gut Susi
2009/000551	26.08.2009	Bussen für das Werfen von Gegenständen durch Zuschauer im Hallenstadion und im Letzigrund
2009/000213		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Bruno Sidler (SVP)
Abwesend: Bruno Amacker (SVP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 27 Stimmen zu.

10 / 36

Antrag 3:

POS	27.05.2009	Schwyn Markus und Gut Susi
2009/000553	26.08.2009	Bussen für das Betreten des Spielfeldes durch Zuschauer im Hallenstadion und im Letziggrund
2009/000215		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 27 Stimmen zu.

Gesundheits- und Umweltdepartement

Antrag 4:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Markus Kunz (Grüne): Der Vorstoss bezieht sich in einem ersten Teil auf eine Realität, die es nicht mehr gibt. Es handelt sich um den Staatsvertrag von 2003, der abgelehnt wurde. Im zweiten Teil bezieht er sich auf das Nordanflugverfahren. Auch da ist viel Zeit vergangen und das Anliegen befindet sich auf einem guten Weg. Dazu kommt noch, dass wir im Punkt 7.1 ein ähnliches Postulat desselben Postulanten stehengelassen haben, wo man sich ein dreiviertel Jahr später zu diesem Nordanflugverfahren äussern wird. Das heisst: das Anliegen ist nicht vom Tisch.

Roger Bartholdi (SVP): Ich möchte zunächst etwas Grundsätzliches sagen. Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass erstens das Postulat jeweils vom Gemeinderat überwiesen wurde und dass zweitens das Postulat entsprechend geprüft werden muss sowie, dass drittens die Kontrolle, ob dies entsprechend befolgt wurde, primär beim Postulanten oder der Postulantin liegt, viertens deshalb die SVP den Postulanten oder die Postulantin unterstützen, wenn sie der Auffassung sind, dass man das Postulat noch nicht abschreiben kann. Dies tun wir auch bei denjenigen, die nicht Mitglied bei der SVP sind.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Soweit ich die Begründung verstanden habe, war sie eher dürftig. Die Angelegenheit ist überhaupt nicht erledigt. Da könnte man auch behaupten, die Südanflüge seien weg, oder es sei eine gute Sache, dass man die Südan-

flüge habe. Dies ist überhaupt nicht der Fall. Das Problem ist nicht gelöst und deshalb kann man das Postulat nicht abschreiben. Da kann auch nicht darauf verwiesen werden, dass andere Postulate, die eine ähnliche Zielrichtung besitzen, Bestand haben. Es ist nicht alles unbedingt genau dasselbe. Der Stadtrat macht sich stark für die Abschreibung des Postulats und wird danach wieder behaupten, man könne den Flugverkehr nicht einschränken. Viele Leute reden in diesem Dossier mit, die keine Ahnung davon haben.

Urs Schmid (FDP): *Es gibt vier Postulate, bei denen Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) unter anderen der Urheber ist. Wir beantragen aber nur zwei davon zur Abschreibung, die anderen beiden sind noch aktuell. Aber der Staatsvertrag, den die Bundesversammlung inzwischen ablehnte, ist nicht mehr aktuell. Deshalb ist dieses Postulat erledigt.*

POS	02.10.2002	Im Oberdorf Bernhard
2002/001884	30.10.2002	Flugverkehr, Vermeidung von Südanflügen über Zürich Nord
2002/000405		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Markus Kunz (Grüne), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 30 Stimmen zu.

Antrag 5:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Markus Kunz (Grüne): *Der nächste Vorstoss verlangt eine Intervention der Stadtregierung bei der deutschen Bundesregierung in Bezug auf die Südanflüge. Der Stadtrat verweist darauf, dass es bei internationalen Kontakten einen Dienstweg gibt. Er bezeichnet das Postulat als nicht erfüllbar. Die informellen und inoffiziellen Kontakte werden selbstverständlich wahrgenommen.*

Roger Bartholdi (SVP): *Auch in diesem Fall gilt das im Antrag 4 erwähnte.*

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Selbstverständlich war es nicht so gemeint, dass die Stadtregierung direkt mit Frau Bundeskanzlerin Merkel sprechen soll. Im Übrigen wäre der Verkehrsminister, Herr Ramsauer, die korrekte Ansprechperson. Es geht aber*

ebenso wenig darum, dass die Stadtregierung direkt in Berlin vorstellig wird. Dies müsste natürlich indirekt über Bern geschehen. Wenn die Stadt Zürich Bern den Rücken stärkt, ist es möglich, dass Bern in Berlin vorstellig wird. Ein solches Postulat in der aktuellen Situation mit dem Staatsvertrag, der jetzt möglicherweise auf uns zukommt, kann unter keinen Umständen abgeschrieben werden.

POS	14.01.2004	Im Oberdorf Bernhard und Haueter Kurt
2004/000091	25.01.2004	Südanflüge, Intervention bei der Deutschen Bundesregierung
2004/000025		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Markus Kunz (Grüne), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 27 Stimmen zu.

Antrag 6:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Markus Kunz (Grüne): *Der Stadtrat verweist in seinem Ablehnungsantrag auf die übergeordnete Gesetzgebung in Bezug auf die Anzahl Toiletten in öffentlichen Gebäuden. Selbstverständlich kann man da auch darüber hinausgehen, jedoch hat dies Kosten zur Folge. Im zweiten Teil des Postulates geht es um Damentoiletten an öffentlichen Veranstaltungen. Sie konnten sich vermutlich davon überzeugen, dass dem Anliegen durchaus Rechnung getragen wird.*

Renate Fischer (SP): *Im Abschreibungsantrag des Stadtrates werden verschiedene bereits heute geltende Massnahmen und Vorschriften erwähnt. Allerdings wissen die Meisten von Ihnen aus eigener Erfahrung, dass das Problem, dass es zu wenige Frauentoiletten gibt, damit nicht gelöst wird.*

Weitere Wortmeldung:

Severin Pflüger (FDP): *Ich verlange einen Namensaufruf. Ich denke, es ist für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger interessant zu wissen, wer dafür ist, dass der Stadtrat nochmal ein Jahr lang prüfen soll, ob er die Anzahl der Damentoiletten verdoppeln soll. Ich kann mir keine Staatsaufgabe vorstellen, mit der man mehr und sinnloser Geld verschwenden kann.*

13 / 36

POS	30.08.2006	Müller Yvonne und Hirzel Astrid
2006/000940	02.12.2009	Öffentliche WC-Anlagen, Verdoppelung der Anzahl für Frauen
2006/000349		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Markus Kunz (Grüne), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Christian Traber (CVP)
Minderheit:	Renate Fischer (SP), Referentin; Roger Bartholdi (SVP), Peter Küng (SP), Bruno Sidler (SVP), Katrin Wüthrich (SP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Severin Pflüger (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Severin Pflüger (FDP) mit 97 gegen 3 Stimmen zu.

Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 41 GeschO GR

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
002	Abele	Martin	Grüne	JA
032	Altinay	Petek	SP	NEIN
151	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	NEIN
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	NEIN
060	Bär	Linda	SP	NEIN
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	JA
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
106	Blöchlinger	Patrick	SD	NEIN
161	Bosshard	Gerhard	EVP	NEIN
117	Bourgeois	Marc	FDP	JA
017	Brander	Simone	SP	NEIN
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
030	Denoth	Marco	SP	NEIN
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs	Marianne	SP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	NEIN
166	Egger	Urs	FDP	JA

175	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	NEIN
050	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer-Schmitt	Renate	SP	NEIN
003	Frei	Dorothea	SP	NEIN
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	--
045	Glaser	Helen	SP	NEIN
009	Graf	Davy	SP	NEIN
033	Gut	Christoph	SP	--
119	Hagger	Joachim	FDP	JA
156	Haller	Margrit	SVP	NEIN
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	NEIN
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	JA
036	Hauri	Andreas	GLP	JA
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
049	Heinrich	Uschi	SP	NEIN
029	Hochreutener	Andrea	SP	NEIN
147	Hohl	Marc	FDP	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
005	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
037	Hüni	Guido	GLP	JA
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	JA
070	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
023	Käser	Philipp	GLP	--
132	Kessler	Alain	FDP	JA
083	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
054	Kisker	Gabriele	Grüne	--
055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	NEIN
069	Kunz	Markus	Grüne	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	JA
001	Leiser	Albert	FDP	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	NEIN

15 / 36

058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
101	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	NEIN
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	JA
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
157	Müller	Rolf	SVP	--
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	NEIN
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	NEIN
081	Recher	Alecs	AL	NEIN
173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	NEIN
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	NEIN
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	--
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	JA
148	Schmid	Urs	FDP	JA
103	Schönbächler	Marcel	CVP	JA
141	Schwendener	Thomas	SVP	--
028	Seidler	Christine	SP	NEIN
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	NEIN
120	Simon	Claudia	FDP	JA
105	Spiess	Christoph	SD	NEIN
165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
071	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	NEIN
027	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	--
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
059	Tozzi	Lucia	SP	--

099	Traber	Christian	CVP	JA
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urban	Michel	SP	NEIN
133	Uttinger	Ursula	FDP	JA
015	Utz	Florian	SP	NEIN
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	JA
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	NEIN
039	von Planta	Gian	GLP	JA
046	Wepf	Mirella	SP	NEIN
097	Weyermann	Karin	CVP	JA
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
082	Wolff	Richard	AL	NEIN
066	Würth	Eva-Maria	SP	NEIN
020	Wüthrich	Katrin	SP	NEIN
047	Wyler	Rebekka	SP	NEIN
073	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 48 gegen 68 Stimmen ab.

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

Antrag 7:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Christian Traber (CVP): Der Stadtrat hat im Geschäftsbericht ausführlich dargelegt, was er gegen die Misere der Abfälle in öffentlichen Anlagen getan hat. Die Mehrheit der GPK findet, dass die Massnahmen, die der Stadtrat in der Zwischenzeit ergriffen hat, ausreichend sind.

Bruno Sidler (SVP): Die Minderheit beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben. Die Begründung liefert Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP).

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Herrn Trabers (CVP) Erläuterungen sind interessant, die Wirklichkeit widerspricht dem Gehörten jedoch. Beispielsweise wurde im Irchelpark seit mindestens zehn Jahren nichts mehr gemacht.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: *Die Wirklichkeit ist nicht immer so einfach. Der Irchelpark gehört dem Kanton, die Stadt kann nichts dafür, dass dort nichts passiert ist.*

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Der Irchelpark gehört tatsächlich dem Kanton, für seinen Unterhalt ist aber die Stadt zuständig.*

POS	09.05.2007	im Oberdorf Bernhard und Nikles Hans
2007/000495	25.02.2009	Abfälle in öffentlichen Anlagen, kostenneutrale Vermeidung
2007/000247		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit:	Christian Traber (CVP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Bruno Sidler (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP), Vizepräsident Michael Schmid (FDP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 8:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Christian Traber (CVP): *Auch in diesem Fall hat der Stadtrat bereits dargelegt, weshalb die Begrünung der Hardturmstrasse zwar wünschenswert, aber nicht möglich ist. Der Hinweis der Postulantin, dass die Hardturmstrasse in sechs Jahren möglicherweise sowieso umgestaltet werde, ist ebensowenig hilfreich. Sollte das Problem in sechs Jahren weiterhin bestehen, kann das Postulat nochmals eingereicht werden.*

Matthias Probst (Grüne): *Die Begründung des Stadtrats ist nicht ganz einleuchtend. Er argumentiert, dass die Tramtrasse einerseits für Rettungsfahrzeuge gebraucht werden sollte und es andererseits städtebaulich nicht erwünscht sei, wenn der Grünstreifen ab und zu durch Querungen zerstückelt werde. Rettungsfahrzeuge können dort sehr gut auf der normalen Strasse verkehren. Seit die neue Pfingstweidautobahn gebaut ist, ist der Verkehr auf der Hardturmstrasse entlastet.*

POS	23.05.2007	Rykart Sutter Karin und Knauss Markus
2007/000565	30.09.2009	Tramtrasse an der Hardturmstrasse, Begrünung
2007/000287		

18 / 36

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit: Christian Traber (CVP), Referent; Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Roger Bartholdi (SVP), Markus Kunz (Grüne), Bruno Sidler (SVP)
Abwesend: Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 46 Stimmen zu.

Antrag 9:

Kommissionsmehrheit:

Christian Traber (CVP): *Wir waren für das Postulat, aber wir respektieren das Abstimmungsverhalten in diesem Rat und deshalb ist das Postulat nicht mehr erfüllbar.*

Weitere Wortmeldungen:

Bruno Amacker (SVP): *Die SVP stellt den Ablehnungsantrag.*

Mauro Tuena (SVP): *Das Parlament hat eingehend über das Postulat diskutiert und es wurde mehrheitlich angenommen. Der Hafenkran soll, wie Stadträtin Ruth Genner angekündigt hat, 2014 realisiert werden. Der Wille des damaligen Parlaments muss bestehen bleiben. Ruth Genner weiss genau, dass sie im Volk bestimmt keine Mehrheiten haben wird. Ich habe keinerlei Verständnis dafür, dass das Postulat abgeschrieben werden soll.*

Roger Bartholdi (SVP): *Ich möchte darauf hinweisen, dass Christian Traber als Sprecher der GPK-Mehrheit gesprochen hat und nicht als CVP-Fraktionschef.*

POS	04.02.2009	Gut Susi und Schwyn Markus
2009/000149	09.12.2009	Limmatquai, Verzicht auf Installation eines Hafenkran
2009/000057		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit: Christian Traber (CVP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Bruno Sidler (SVP)
Abwesend: Bruno Amacker (SVP), Referent Minderheit

19 / 36

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 42 Stimmen zu.

Departement der Industriellen Betriebe

Antrag 10:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Renate Fischer (SP): *Der Stadtrat kommt dem Postulat mit einer Einschränkung, derzufolge am Sonntagvormittag weiterhin Midibusse fahren sollen, entgegen. Die zeitweise Umstellung auf kleinere Fahrzeuge bedeutet, dass die VBZ zusätzliche Kleinbusse anschaffen müsste. Die VBZ hat die Anschaffung von Kleinbussen geprüft und kam zum Schluss, dass die Kapazität dieser Kleinbusse auf einem Teil dieser Strecke am Abend nicht ausreichend ist. Die Folge wäre somit ein Abbau der Kapazität bei gleichzeitigem Anstieg der Kosten durch die Anschaffung der zusätzlichen Fahrzeuge und deren Unterhalt.*

Roger Bartholdi (SVP): *Die SVP-Minderheit unterstützt die Postulantin, das Votum folgt sogleich.*

Weitere Wortmeldung:

Ruth Anhorn (SVP): *Das Postulat wurde damals einstimmig überwiesen. Die Begründung kann ich nicht akzeptieren. Die Rede ist von gewissen Teilen dieser Linie. Ich nehme an, es betrifft den Bahnhof Altstetten. Die Linie 71 wurde eingestellt und man hat dort einen Versuch mit Kleinbussen gemacht. Es ist mir klar, dass bei schönem Wetter die Leute, die von den S-Bahnen kommen, ein bisschen Geduld haben müssen. Wenn man in Richtig Triemli hochfährt, kann man auch einen Bus der Linie 80 nehmen und nicht unbedingt einen der Linien 78 und 35, die nach 20 Uhr zusammengehängt sind. Deshalb musste man die Leute dort bei schönem Wetter stehen lassen. Aber unter anderen Umständen ist der Bus normalerweise halb leer. In der Zwischenzeit habe ich eine schriftliche Anfrage gestellt und wir werden sehen, wie die Antwort ausfällt.*

POS	01.06.2005	Anhorn Ruth
2005/000687	15.06.2005	VBZ-Buslinie 78, teilweise Umstellung von Midi- auf Kleinbusse
2005/000213		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend: Bruno Amacker (SVP)

20 / 36

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 29 Stimmen zu.

Schul- und Sportdepartement

Antrag 11:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Peter Küng (SP): Die Postulantin und der Postulant sind nicht mehr im Rat. Sie forderten damals, dass der Stadtrat prüft, wie bei Hochrisikospiele im Hallenstadion und Letzigrund die Sicherheit auf Kosten der Vereine erhöht werden kann. Der Stadtrat antwortet, dass einerseits innerhalb der Stadien der Betreiber der Stadien zuständig ist und andererseits, dass im Zuständigkeitsbereich der Stadt üblicherweise nicht die Sicherheitskräfte massiv erhöht werden, sondern die Sicherheitskonzepte regelmässig überprüft und angepasst werden.

Roger Bartholdi (SVP): Die GPK-Minderheit empfiehlt das Postulat nicht abzuschreiben. Die Begründung folgt.

Weitere Wortmeldung:

Ruth Anhorn (SVP): Wir unterstützen das Postulat unserer ehemaligen Mitglieder, weil es nach wie vor Gültigkeit besitzt. Es ist eine Tatsache, dass nach wie vor – sowohl im Letzigrund als auch im Hallenstadion – Probleme bestehen. Es fallen riesige Kosten für den Staat an. Ich finde, dass die Vereine herangezogen werden und ihren Beitrag leisten müssen – sei es in Bezug auf die Sicherheit oder finanziell.

POS	27.05.2009	Gut Susi und Schwyn Markus
2009/000550	26.08.2009	Kostenüberwälzung bei Hochrisikospiele im Hallenstadion und im Letzigrund
2009/000212		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit: Peter Küng (SP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend: Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 27 Stimmen zu.

21 / 36

Sozialdepartement

Antrag 12:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Peter Küng (SP): Die Postulantin bittet den Stadtrat zu prüfen, wie die Mietverträge der Klientinnen und Klienten verstärkt auf mietrechtlich ausgewiesene Reduktionsmöglichkeiten zu überprüfen sind. Der Stadtrat schreibt, er habe dies während eines Jahres geprüft und daraufhin habe er das Handbuch zur Überprüfung der Mieten angepasst. Die Mehrheit der GPK findet, das Postulat sei dadurch erfüllt.

Roger Bartholdi (SVP): Die Minderheit beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben. Wir folgen immer dem Postulanten oder der Postulantin.

Weitere Wortmeldung:

Alecs Recher (AL): Es ist so, dass der Stadtrat ein Mal eine solche Prüfung durchführte. Einerseits muss man sich aber anschauen, welche Kriterien für diese Überprüfung angewendet wurden und andererseits muss auch geschaut werden, was nach dieser Überprüfung erfolgte. Bei den Kriterien kann man sagen: wenn die Miete mehr als 1600 Franken beträgt, wird sie überprüft. Wir wissen alle, dass der kritische Betrag 1100 betragen müsste. Es zeigt für mich, dass der Stadtrat kein Interesse daran hatte, etwas mit dieser Überprüfung auszulösen. Wenn man schaut wie es weitergeht, sieht man, dass ein Leitfaden zur Überprüfung erstellt wurde. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese Überprüfung auch tatsächlich stattfindet.

POS	23.11.2005	Recher Anja
2005/001428	16.12.2005	Soziale Dienste, Anstellung von Fachpersonen für Mietverträge
2005/000485		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit: Peter Küng (SP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)

Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)

Abwesend: Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 31 Stimmen zu.

22 / 36

Antrag 13:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Peter Küng (SP): *Dieses Postulat ist ganz offensichtlich umgesetzt. Tatsächlich werden die Mieten und Krankenkassenbeiträge in einigen Fällen bereits direkt überwiesen.*

Roger Bartholdi (SVP): *Die GPK-Minderheit empfiehlt, das Postulat nicht abzuschreiben. Die Begründung folgt durch Mauro Tuena (SVP).*

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): *Dies ist ein Vorstoss, den wir von einer Gruppierung übernehmen, die nicht mehr in diesem Rat sitzt. Der Vorstoss besitzt, wie die täglichen Medienberichterstattungen zum Thema Sozialhilfe zeigen, weiterhin Gültigkeit.*

POS	31.05.2006	Gut Susi und Schwyn Markus
2006/000582	22.10.2008	Sozialhilfe, Direktüberweisung von Mieten und Krankenkassenprämien
2006/000205		

Die Mehrheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Die Minderheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Mehrheit: Peter Küng (SP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend: Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 27 Stimmen zu.

Antrag Mehrheit Nichtabschreibung

Departement der Industriellen Betriebe

Antrag 14:

Kommissionsmehrheit /-minderheit:

Renate Fischer (SP): *Das Postulat wollte in Erinnerung rufen, dass die Westtangente 1972 als Provisorium gebaut wurde. Dass dieses Postulat ausgerechnet zum 40-jährigen Jubiläum dieses Provisoriums abgeschrieben werden soll, sendet die falsche Botschaft an die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner.*

Christian Traber (CVP): *Die Minderheit der GPK ist der Meinung, dass die Vorausset-*

zungen für einen Namenswechsel nicht gegeben sind. Die Voraussetzungen für eine sinnvolle Namensgebung einer Haltestelle, wie beispielsweise Erkennbarkeit und allgemeine Bekanntheit, sind beim vorgeschlagenen neuen Namen nicht gegeben.

Weitere Wortmeldung:

Severin Pflüger (FDP): Auch da verlange ich eine Abstimmung unter Namensaufruf. Es ist für die Bürgerinnen und Bürger interessant zu sehen, wer die Haltestelle in «Provisorium» umbenennen will. Ausserdem wurde an einer Volksabstimmung beschlossen, dass es sich definitiv nicht mehr um ein Provisorium handelt, sondern dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dies so wollen. Ausserdem will ich, dass die Benutzerinnen und Benutzer der VBZ-Linien ihre Haltestellen auch finden und dorthin gelangen, wohin sie wollen. Dies wäre mit dem neuen Namen nicht mehr gegeben.

POS	07.04.2004	Graf Wüthrich Franziska und Schmid Georg
2004/000717	25.05.2005	VBZ-Haltestellen an der Rosengartenstrasse, Umbenennung in «Provisorium»
2004/000203		

Die Mehrheit der GPK beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Die Minderheit der GPK beantragt Abschreibung des Postulats.

Mehrheit:	Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Roger Bartholdi (SVP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne), Bruno Sidler (SVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Christian Traber (CVP), Referent; Vizepräsident Michael Schmid (FDP), Irene Bernhard (GLP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Severin Pflüger (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Severin Pflüger (FDP) mit 89 gegen 8 Stimmen zu.

Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 41 GeschO GR

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
002	Abele	Martin	Grüne	JA
032	Altinay	Petek	SP	JA
151	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
051	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	ENTHALTEN
110	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
060	Bär	Linda	SP	JA
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN

168	Baumer	Michael	FDP	JA
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
106	Blöchlinger	Patrick	SD	JA
161	Bosshard	Gerhard	EVP	JA
117	Bourgeois	Marc	FDP	JA
017	Brander	Simone	SP	JA
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
030	Denoth	Marco	SP	JA
153	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs	Marianne	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
166	Egger	Urs	FDP	JA
175	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
063	Feuillet	Dominique	SP	JA
050	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer-Schmitt	Renate	SP	JA
003	Frei	Dorothea	SP	JA
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	--
045	Glaser	Helen	SP	JA
009	Graf	Davy	SP	JA
033	Gut	Christoph	SP	--
119	Hagger	Joachim	FDP	JA
156	Haller	Margrit	SVP	NEIN
144	Halser-Furrer	Michèle	EVP	JA
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	JA
036	Hauri	Andreas	GLP	JA
176	Hauri	Theo	SVP	NEIN
049	Heinrich	Uschi	SP	JA
029	Hochreutener	Andrea	SP	JA
147	Hohl	Marc	FDP	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
094	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
037	Hüni	Guido	GLP	JA
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	JA
070	Kälin	Simon	Grüne	JA

007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	--
132	Kessler	Alain	FDP	JA
083	Kirstein	Andreas	AL	ENTHALTEN
054	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
055	Knauss	Markus	Grüne	JA
041	Küng	Peter	SP	JA
069	Kunz	Markus	Grüne	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
131	Lauber	Tamara	FDP	--
001	Leiser	Albert	FDP	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	JA
160	Mächler	Martin	EVP	JA
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
101	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	JA
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
092	Meier	Daniel	CVP	JA
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
157	Müller	Rolf	SVP	--
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	JA
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	JA
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
081	Recher	Alecs	AL	ENTHALTEN
173	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
053	Rykart	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	--
154	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	JA
148	Schmid	Urs	FDP	JA

103	Schönbächler	Marcel	CVP	JA
141	Schwendener	Thomas	SVP	--
028	Seidler	Christine	SP	JA
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	JA
120	Simon	Claudia	FDP	JA
105	Spiess	Christoph	SD	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
071	Steiner	Kathy	Grüne	JA
019	Straub	Esther	SP	JA
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	--
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
059	Tozzi	Lucia	SP	--
099	Traber	Christian	CVP	JA
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urban	Michel	SP	JA
133	Uttinger	Ursula	FDP	JA
015	Utz	Florian	SP	JA
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	JA
052	Vocat	Fabienne Nicole	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	JA
046	Wepf	Mirella	SP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	JA
024	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
082	Wolff	Richard	AL	ENTHALTEN
066	Würth	Eva-Maria	SP	JA
020	Wüthrich	Katrin	SP	JA
047	Wyler	Rebekka	SP	JA
073	Wyss	Thomas	Grüne	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 36 Stimmen zu.

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2011 wird gemäss Art. 41 lit. e der Gemeindeordnung abgenommen.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): *Ich möchte zu bedenken geben, dass es hoffentlich die erste und letzte Debatte dieser Art ist, die wir in diesem Rat führen. Als Minderheit hat man es in der Stadt Zürich schwer, einen Vorstoss durchzubringen. Ich finde es problematisch, wenn ein Postulat gegen den Willen des Rats überwiesen wird, der zuständige Stadtrat das Postulat nicht umsetzen will und es in einem Jahr wieder auftaucht und abgeschrieben wird. Unsere Fraktion hat die Grundsatzdebatte zum Umgang mit solchen Vorstössen geführt. Wir akzeptieren und respektieren die Meinung dieses Rates und somit auch den Wunsch der Postulanten. Wir werden sehen, wie es sich in Zukunft weiter entwickelt. Sollte die GPK auf diesem geschäftsordnungskonformen Vorgehen beharren, werden wir in einer der nächsten Fraktionssitzungen diskutieren müssen, ob wir einen Antrag einreichen, diesen sehr problematischen Passus in der Geschäftsordnung zu korrigieren.*

Irene Bernhard (GLP): *Das Vorgehen ist konform mit der Geschäftsordnung. Es war ein Jahr lang bekannt, dass wir gemäss der Geschäftsordnung handeln werden. Die IFK hielt eine Änderung der Geschäftsordnung nicht für sinnvoll und aus meiner Sicht kann es durchaus sinnvoll sein, dass diese Geschäftsordnung so bleibt, wie sie ist. Manche Vorstösse erübrigen sich mit der Zeit und diese sollten auch abgeschrieben werden können.*

Severin Pflüger (FDP): *Wir sind dazu da, dass wir die Geschäfte betrachten und materiell prüfen. Wenn wir das nicht machen, nehmen wir unsere Aufgabe nicht wahr. Wir sind kein Abstimmungsautomat. Am Schluss müssen wir den Wählerinnen und Wählern Rechenschaft ablegen, ob wir ihre Interessen hier im Rat vertreten. Die Beispiele der Damentoiletten und des Provisoriums zeigen, dass wir dieser Aufgabe nicht nachgekommen sind.*

Min Li Marti (SP): *Tatsächlich hat die GPK den Auftrag, den Geschäftsbericht zu prüfen. Dazu gehören auch die Vorstösse und Abschreibungsanträge. Die GPK hatte vor einiger Zeit diese Praxis geändert und gesagt, sie folge dem Antrag der Postulantin oder des Postulanten, weil die Behandlung des Geschäftsbericht und die Abschreibungsanträge zu epischen Debatten geführt habe. Diese Praxis war nicht völlig konform mit der Geschäftsordnung, aber der Rat kann sich auch auf eine Praxis einigen, die praktikabler ist. Es ist keine Frage der genauen Auslegung der Geschäftsordnung, sondern eine Frage der Praktikabilität. In den nächsten Jahren werden wir sehen, welche Auswirkungen diese neue Praxis der GPK haben wird. Vielleicht wird eines Tages die Praxis wieder geändert.*

Michael Baumer (FDP): *Wir haben tatsächlich eine Praxisänderung vollzogen. Allerdings wurde uns diese durch die Geschäftsordnung aufgezwungen. Man kann nicht völlig gegen die Geschäftsordnung handeln. Die Geschäftsordnung könnte jederzeit geändert werden. Es besteht allerdings – da muss ich der SVP Recht geben – die Gefahr, dass die materielle Frage lediglich darin bestehen soll, zu prüfen, ob der Antrag erfüllt oder überhaupt erfüllbar ist. Die Frage, ob wir etwas wollen oder nicht, ist irrelevant.*

Wenn bewiesen wird, dass der Rat dem nachkommt, ist diese Art der Debatte richtig. Allerdings muss dieser Beweis noch erbracht werden.

Matthias Probst (Grüne): *Die GPK nimmt diese Bedenken zur Kenntnis und wird sich auch in Zukunft Mühe geben, die vorliegenden Vorstösse in unserer Funktion als Aufsichtsorgan materiell zu prüfen. Ich denke, wir haben das dieses Jahr gut gemacht, auch wenn wir noch ein wenig üben müssen. Nächstes Jahr wird es bestimmt besser laufen. Ich bin der Ansicht, dass die Vorstösse, die der Gemeinderat als Gesamtgremium überwiesen hat, auch in die Kompetenz des ganzen Gemeinderats fallen. Ich denke, das ist demokratisch der richtige Weg. Wenn jemand eine Änderung der Praxis wünscht, dann soll er eine Änderung der Geschäftsordnung beantragen.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Matthias Probst (Grüne), Referent; Vizepräsident Michael Schmid (FDP),
Irene Bernhard (GLP), Renate Fischer (SP), Peter Küng (SP), Markus Kunz (Grüne),
Christian Traber (CVP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Abwesend: Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 21 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2011 wird gemäss Art. 41 lit. e der Gemeindeordnung abgenommen.
2. Folgende Geschäfte werden als erledigt abgeschrieben:

Allgemeine Verwaltung / STS

POS	26.10.2011	Bürlimann Martin und Tomezzoli Ruggero
150.170.370-002	09.11.2011	Mitteilung an die Stimmberechtigten betreffend der fristgerechten Rücksendung der Abstimmungsunterlagen
2011/000391		

Präsidialdepartement

POS	25.01.2006	Marti Min Li
2006/000111	28.10.2009	Filmkommission, Schaffung und Betrieb durch Dritte
2006/000021		

POS 2007/000253 2007/000100	07.03.2007 21.03.2007	Rosenheim Monjek Schauspielhaus, zusätzliche Nutzung des grossen Saals im Schiffbau
POS 2008/000054 2008/000027	16.01.2008 30.01.2008	Grüne-Fraktion Weitere Kulturbereiche, Erstellen von Konzepten
POS 2008/000521 2008/000221	21.05.2008 06.01.2010	Bischof Jris und Wyler Rebekka Museen der Stadt Zürich, Erlass der Eintrittsgebühren bis zum 16. Altersjahr
POS 2008/000690 2008/000299	25.06.2008 28.09.2011	Rabelbauer Richard Umwelttechnologie, Förderung von Unternehmen
POS 2009/001365 2009/000502	04.11.2009 02.12.2009	Strub Jean-Daniel und Nüssli-Danuser Andrea Leistungsvereinbarung für Grossanlässe, Konkretisierung der Verpflichtung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit
POS 670.110.140-004 2011/000390	26.10.2011 09.11.2011	Grüne-Fraktion Verwendung eines Anteils der zur Verfügung stehenden freien Mittel für die Kulturförderung

Finanzdepartement

POS 2002/002451 2002/000547	27.11.2002 11.12.2002	im Oberdorf Bernhard, Dr. und Garzotto Bruno Städtisches Personal, Stellenplafonierung für das Jahr 2004
POS 2006/000113 2006/000023	25.01.2006 01.02.2006	Baumer Michael und Glättli Balthasar Open Source Software (OSS), jährlicher Bericht über deren Einsatz
POS 2006/001166 2006/000458	25.10.2006 18.03.2009	Rabelbauer Richard und Meier Daniel Forum für Freiwilligenarbeit, Verbreitung des Leitfadens für Arbeitgebende
POS 2007/000313 2007/000143	21.03.2007 11.11.2009	Papageorgiou Kyriakos und Bartal Isabel Städtisches Personal, Kennzeichnung der Fremdsprachenkenntnisse
POS 2007/000356 2007/000169	28.03.2007 11.11.2009	Jahreiss-Montagnani und Katumba Andrew Stadtverwaltung, Pilotbetrieb für anonyme Stellenbewerbungen
POS 2007/001281 2007/000636	06.12.2007 19.12.2007	Angst Walter und Badran Jacqueline Gewerbeliegenschaften, differenzierte Mietzinspolitik
POS 2007/001317 2007/000648	12.12.2007 09.01.2008	Meier Daniel und Anderegg Peter Finanzverwaltung, Zahlungsfristen und Abzug von Skonto

30 / 36

POS 2008/001247 2008/000529	26.11.2008 10.12.2008	Rosenheim Monjek und Leiser Albert Stadtverwaltung, Moratorium bei den Personalstellen
POS 2009/000148 2009/000056	04.02.2009 10.06.2009	Scherr Niklaus Dr. Stephan-à-Porta-Stiftung, Umbau von Liegenschaften am Kreuzplatz
POS 2009/000263 2009/000095	11.03.2009 06.05.2009	Geschäftsprüfungskommission Stadtverwaltung, Vorgehen bei Mobbing
POS 2009/000457 2009/000163	06.05.2009 27.05.2009	Jüsi Bernhard und Di Concilio Salvatore Schutz von städtischen Angestellten vor Drohungen und Angriffen
POS 2009/000497 2009/000199	13.05.2009 16.09.2009	Wüthrich Katrin und Strub Jean-Daniel Verhinderung von Arbeitslosigkeit von bei der Stadt ausgebildeten Jugendlichen
POS 2009/000559 2009/000224	27.05.2009 10.06.2009	Virchaux Jean-Claude und Glättli Balthasar Umgehende Bezahlung von Lieferantenrechnungen
POS 2009/000713 2009/000269	17.06.2009 23.09.2009	Z'graggen Marcel und Anderegg Peter Erhöhung des Lehrstellenangebotes in der städtischen Verwaltung
POS 2009/000883 2009/000320	01.07.2009 19.08.2009	Seidler Christine und Elmer Lück Annamarie Einbindung des Parkhauses Universität Irchel in das städtische Parkleitsystem

Polizeidepartement

POS 1994/003836 1991/000216	15.05.1991 09.09.1992	Prelicz-Huber Katharina Stadtpolizei, Verbot des Einsatzes von Gummigeschossen
POS 1997/002071 1997/000465	12.11.1997 09.09.1998	Prelicz-Huber Katharina und 2 Mitunterzeichnende Birmensdorferstrasse/Sädlenweg, Erstellung eines Fussgänger/innenstreifens
POS 2002/000847 2002/000148	15.05.2002 20.11.2002	Rosenheim Monjek 1.-Mai-Fest, Standort ausserhalb des Stadtkreises 4
POS 2002/001345 2002/000257	10.07.2002 01.09.2004	Schönbächler Robert Badenerstrasse 125, Erstellung eines Fussgängerübergangs
POS 2002/001502 2002/000279	21.08.2002 27.11.2002	Danner Ernst und Schmid Georg, Dr. Stadtpolizei, Überführung des Wissenschaftlichen Dienstes in eine neue Trägerschaft

POS 2004/000535 2004/000135	17.03.2004 28.03.2007	Rosenheim Monjek Uetlibergstrasse/Haldenstrasse, Verkehrsverflüssigung
POS 2004/000536 2004/000136	17.03.2004 28.03.2007	Rosenheim Monjek Uetlibergstrasse/Giesshübelstrasse, Verkehrsverflüssigung
POS 2005/000071 2005/000008	12.01.2005 07.01.2009	Weiss Urs «Monday Night Skate», Vermeidung von Verkehrsstaus
POS 2005/000104 2005/000016	19.01.2005 07.01.2009	Rosenheim Monjek und 17 Mitunterzeichnende Stadtpolizei, Bildung eines Velospezialteams
POS 2005/000478 2005/000140	13.04.2005 18.05.2005	Stucker Rolf und Bergmaier Guido, Dr. Liegenschaft Am Wasser 55, Einhaltung des absoluten Fahrverbots
POS 2005/000735 2005/000227	08.06.2005 14.06.2006	Knauss Markus und Leupi Daniel Dieselbetriebene Taxis, Ausrüstung mit Partikelfiltern
POS 2005/001030 2005/000309	24.08.2005 14.01.2009	Reimann Beatrice und Savarioud Marcel Behinderte und Betagte, kostenlose Parkplatzregelung
POS 2005/001351 2005/000451	09.11.2005 26.08.2009	Liebi Roger und Tuena Mauro Ausschreitungen bei Fussballspielen, Koordination der Stadtpolizei mit der Staatsanwaltschaft
POS 2005/001389 2005/000472	16.11.2005 18.11.2009	Hirzel Astrid und Schönbächler Robert Seminarstrasse, Ausdehnung der Begegnungszone Seminar
POS 2005/001482 2005/000512	30.11.2005 18.11.2009	Schönbächler Robert und Stäbler Anton Hard-/Pfungstweidstrasse, Verbesserung der Verkehrssicherheit
POS 2006/001332 2006/000549	29.11.2006 15.12.2006	Probst Matthias unnd Glättli Balthasar Stadtpolizei, Verzicht auf die neuen Elektroschockpistolen
POS 2007/000661 2007/000354	13.06.2007 03.06.2009	Rabelbauer Richard und Jäger Alexander Taxibetriebe, Umstieg auf umwelt- und klimaschonende, abgasarme Fahrzeuge
POS 2008/001210 2008/000515	12.11.2008 07.01.2009	Kunz Hanspeter und Mariani Mario Fussgängerunterführung beim Schulhaus Altweg, Ersatz durch Fussgängerstreifen
POS 2009/000418 2009/000141	29.04.2009 13.05.2009	Wenger Christian und Blöchlinger Patrick Standorte für politische Standaktionen

32 / 36

POS 2009/000454 2009/000160	06.05.2009 11.12.2009	Pflüger Severin und Hohl Marc Prüfung der Übertragung von Polizeiaufgaben an Private
POS 2009/000551 2009/000213	27.05.2009 26.08.2009	Schwyn Markus und Gut Susi Bussen für das Werfen von Gegenständen durch Zuschauer im Hallenstadion und im Letzigrund
POS 2009/000553 2009/000215	27.05.2009 26.08.2009	Schwyn Markus und Gut Susi Bussen für das Betreten des Spielfeldes durch Zuschauer im Hallenstadion und im Letzigrund
POS 2009/001076 2009/000359	19.08.2009 21.10.2009	FDP-Fraktion Hardbrücke, Öffnung der Busspur für Taxis während der Sanierung

Gesundheits- und Umweltdepartement

POS 2002/001667 2002/000333	11.09.2002 30.10.2002	Schweizerische Volkspartei Fraktion Flugverkehr, Betriebsvarianten
POS 2002/001668 2002/000334	11.09.2002 30.10.2002	Grüne/AL Fraktion Flugbewegungen, Plafonierung
POS 2002/001884 2002/000405	02.10.2002 30.10.2002	Im Oberdorf Bernhard Flugverkehr, Vermeidung von Südanflügen über Zürich Nord
POS 2004/000091 2004/000025	14.01.2004 25.01.2004	Im Oberdorf Bernhard und Haueter Kurt Südanflüge, Intervention bei der Deutschen Bundesregierung
POS 2004/001903 2004/000666	15.12.2004 14.11.2007	Nagel Ueli UMTS-Mobilfunkantennen, vermehrte Nachkontrollen
POS 2007/001258 2007/000630	28.11.2007 01.07.2009	Nagel Ueli und Abele Martin Wassersparende Durchflussregler, vergünstigte Abgabe

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

POS 1994/004028 1992/000139	15.04.1992 24.03.1993	Hirzel Charles und 9 Mitunterzeichnende Dübendorf- und Winterthurerstrasse in Schwamendingen, Signalisationsmassnahmen für die Sicherheit von Radfahrern
POS 1997/002032 1997/000449	05.11.1997 06.05.1998	Garzotto Marina und 2 Mitunterzeichnende Kehrichtsäcke, Massnahmen gegen verfrühte Bereitstellung

33 / 36

POS 2004/000043 2004/000006	07.01.2004 21.01.2004	Schönbächler Robert und Stäbler Anton Stadion Hardturm, Aufwertung des Areals bei der VBZ-Wendeschleife
POS 2004/001825 2004/000635	01.12.2004 15.02.2005	Mariani Mario und Schönbächler Robert Verbindung zwischen Bahnhof Hardbrücke und Hardplatz, Verbesserung für den Langsamverkehr
POS 2005/000350 2005/000098	16.03.2005 14.06.2006	Jäger Alexander und Tognella Roger Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), Umstellung der Fahrzeugflotte auf Erdgasbetrieb
POS 2005/000648 2005/000206	25.05.2005 08.06.2005	Spezialkommission Verkehr Öffentlicher Verkehr, Beteiligung des Kantons an Investitionen in der Stadt Zürich
POS 2005/000899 2005/000275	06.07.2005 18.01.2006	Schönbächler Robert und Nielsen Claudia Gleisüberquerung Kanonengasse/ Klingenstrasse, Erstellen einer Passerelle
POS 2006/000056 2006/000004	11.01.2006 22.03.2006	Bachmann Hans Familiengartenareal Aussersihl-Hard, Verzicht auf dessen Aufhebung
POS 2008/000528 2008/000216	11.01.2006 14.05.2008	Nagel Ueli und Leupi Daniel Utoquai, Befreiung vom motorisierten Verkehr und Umgestaltung
POS 2006/000976 2006/000368	06.09.2006 25.02.2009	Recher A. und 2 Mitunterzeichnende Fusswege, Umgestaltung zur Verbesserung der Sicherheit
POS 2006/001365 2006/000569	06.12.2006 15.12.2006	Angst Walter Hardbrücke, Verzicht auf Ausgaben für Kommunikation
POS 2007/000017 2006/000593	15.12.2006 25.02.2009	Schicker Daniela und Filli Peider Biber, Lebensraum auf Stadtgebiet
POS 2007/000125 2007/000031	24.01.2007 31.01.2007	Leupi Daniel und Knauss Markus Bahnhof Hardbrücke, zusätzliche Flächen für Velo-Abstellplätze
POS 2007/000495 2007/000247	09.05.2007 25.02.2009	im Oberdorf Bernhard und Nikles Hans Abfälle in öffentlichen Anlagen, kostenneutrale Vermeidung
POS 2007/000565 2007/000287	23.05.2007 30.09.2009	Rykart Sutter Karin und Knauss Markus Tramtrasse an der Hardturmstrasse, Begrünung
POS 2007/000623 2007/000320	06.06.2007 11.07.2007	Savarioud Marcel und Mauch Corine ETH Zürich und Universität Zürich, Verhinderung von Freisetzungsvor- suchen gentechnisch veränderter Pflanzen

Das Postulat GR-Nr. 2007/320 wurde im Rahmen der Behandlung des Geschäftsberichts 2009 bereits ab-

geschrieben (vgl. Beschluss-Nr. 525, 23. und 24. Ratssitzung vom 22. September 2010). Der Abschreibungsantrag entfällt.

POS 2007/001055 2007/000538	03.10.2007 26.03.2008	Zimmermann Markus und Reimann Beatrice Umsetzung der Baulinienvorlage Neufrankengasse, Verhinderung neuen Durchgangsverkehrs
POS 2008/000177 2008/000091	11.02.2008 27.02.2008	SK PD/TED/DIB Stiftung Naturpark Zürich, Teuerungsanpassung durch andere Beitragszahlende
POS 2008/000735 2008/000322	02.07.2008 27.08.2008	CVP-Fraktion Pausenplätze von Schulhäusern, kindergerechte Gestaltung
POS 2008/000806 2008/000339	09.07.2008 24.09.2008	Manser Joe A. und Katumba Andrew ÖV-Plattform Stettbach, vollständige Überdachung entlang aller Haltestellen
POS 2009/000079 2009/000027	21.01.2009 04.02.2009	Bachmann Hans Bullingerhof, attraktive Gestaltung der Grünanlage
POS 2009/000149 2009/000057	04.02.2009 09.12.2009	Gut Susi und Schwyn Markus Limmatquai, Verzicht auf Installation eines Hafenkranes
POS 2009/000235 2009/000082	04.03.2009 06.05.2009	Kunz Hanspeter Kostenlose Veloparkplätze beim Bahnhof Altstetten
POS 2009/001306 2009/000471	21.10.2009 09.12.2009	Hug Christina und Glättli Balthasar Trichtenhausenstrasse, Beibehaltung des Engpasses für weniger Durchgangsverkehr
POS 2009/001425 2009/000538	18.11.2009 16.12.2009	Knauss Markus und Abele Martin Realisierung der Veloverbindung von der Zweierstrasse bis zum Sihlhölzli

Hochbaudepartement

POS 2002/002188 2002/000485	08.02.2002 13.11.2002	Bachmann Hans Gebiet Güterbahnhof/ SBB-Betriebswerkstätte, Planungsvorlage für eine städtebauliche Aufwertung
POS 2004/000459 2004/000104	03.03.2004 07.06.2006	Nagel Ueli und Furter Willy UMTS-Mobilfunkantennen, Abklärung von Gesundheitsfolgen
POS 2006/000362 2006/000081	15.03.2006 02.11.2007	Seliner Emil und Käppeli Hans Jörg Wohnanteil, Gutachten durch ein unabhängiges Büro

POS 2007/000654 2007/000347	13.06.2007 24.10.2007	Nielsen Claudia und Dubs Marianne Energieeffiziente und ressourcenschonende Bauten, Auszeichnung
POS 2008/000345 2008/000160	02.04.2008 17.11.2010	Steger Heinz F. und Meier Daniel Freihändigen- oder Einladungsverfahren, Vergabe an Betriebe mit Lernenden

Departement der Industriellen Betriebe

POS 1994/004213 1990/000168	13.06.1990 18.03.1992	Brändli Sebastian und 7 Mitunterzeichnende Traminsel Kreuzplatz, Verbreiterung
POS 1994/001811 1994/000034	18.01.1994 02.02.1994	Kommission Verbilligung Jahreskarten Verkehrsverbund, gerechtere Verteilung der Beiträge an die Kostenunterdeckung und Vertretung im Verkehrsrat
POS 2005/000687 2005/000213	01.06.2005 15.06.2005	Anhorn Ruth VBZ-Buslinie 78, teilweise Umstellung von Midi- auf Kleinbusse
POS 2005/001162 2005/000375	21.09.2005 18.06.2008	Amacker Bruno und Hauri Theo VBZ-Busse, Retrofit-Verfahren Das Postulat GR-Nr. 2005/375 wurde an der Ratssitzung vom 18.06.2008 abgelehnt, d.h. dem Stadtrat nicht überwiesen. Der Abschreibungsantrag entfällt.
POS 2005/001523 2005/000523	24.11.2005 21.12.2005	Spezialkommission Polizeidepartement/Tiefbau- und Entsorgungsdepartement/Departement der Industriellen Betriebe ewz, Rahmenvereinbarung über Sonnenkollektoren und erneuerbare Energien
POS 2006/000227 2006/000053	08.02.2006 23.06.2010	Danner Ernst und Kunz Hanspeter ZVV und SBB, Ausdehnung der Gültigkeit von Junior-Karten
POS 2006/000475 2006/000139	03.05.2006 28.06.2006	Butz Marlène und Schönbächler Robert VBZ, Verzicht auf Sparmassnahmen bei Quartierbuslinien
POS 2006/001078 2006/000414	27.09.2006 25.10.2006	Spezialkommission GUD Stadtpital Waid, verbesserte Verkehrserschliessung

Schul- und Sportdepartement

POS 2002/000904 2002/000169	27.06.2001 22.05.2002	Schüepp Jürg R. und Schmid Ronald Schulhaus-Neubauten und -Erweiterungen, Schaffung von Richtlinien für Raumprogramme
-----------------------------------	--------------------------	--

36 / 36

POS 2007/001114 2007/000569	24.10.2007 14.11.2007	Simon Claudia und Anhorn Ruth K+S-Schule, Folgen der Zusammenlegung mit der Schule für Mann- schaftsport (MSP)
POS 2008/000021 2008/000009	09.01.2008 26.08.2009	Wenger Christian und Blöchlinger Patrick Stadion Letzigrund, Bau eines Kunstrasen-Fussballplatzes bei der Hard- gutstrasse
POS 2009/000550 2009/000212	27.05.2009 26.08.2009	Gut Susi und Schwyn Markus Kostenüberwälzung bei Hochrisikospielen im Hallenstadion und im Let- zigrund
POS 2009/000560 2009/000225	27.05.2009 21.10.2009	Erfigen Monika und Bernet Arthur Massnahmen in der Badeanstalt Tiefenbrunnen
POS 2009/001492 2009/000569	02.12.2009 11.12.2009	Angst Walter Deutsch als Zweitsprache, Bewilligung von Stellen

Sozialdepartement

POS 2005/001428 2005/000485	23.11.2005 16.12.2005	Recher Anja Soziale Dienste, Anstellung von Fachpersonen für Mietverträge
POS 2006/000582 2006/000205	31.05.2006 22.10.2008	Gut Susi und Schwyn Markus Sozialhilfe, Direktüberweisung von Mieten und Krankenkassenprämien
POS 2007/000684 2007/000363	20.06.2007 22.10.2008	Leiser Albert und Schlatter Hedy Sozialhilfe, Vermeidung der Zweckentfremdung von Beiträgen
POS 2008/000048 ³ 2008/000021 ⁴	16.01.2008 ¹ 04.06.2008 ²	Rabelbauer Richard und Widler Josef SKOS, Anpassung der Richtlinien

1 = Eingangsdatum, 2 = Überweisungsdatum, 3 = STR Nr., 4 = GR Nr.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation der Ziffer 1 am 26. September 2012
gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat